

Hansestadt Stendal, 07.07.2021

**Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates**

**Tag der Sitzung: Montag, 31.05.2021**

**Ort: Schulungs- und Ausbildungszentrum der Kreissparkasse Stendal,  
Arneburger Straße 28, 39576 Hansestadt Stendal**

**Beginn: 17:00 Uhr**

**Sitzungsende: 21:25 Uhr**

**Anwesend sind:**

Vorsitzende/r

Sobotta, Peter

Mitglieder

Antusch, Rita

Bausemer, Arno

Beuchel, Jacob Wenzel

ab TOP2 anwesend

Büttner, Matthias

Eckhardt, Wolfgang

Faber, Marcus, Dr.

Goroncy, Rico

Güldenpfennig, Christel

Haaker, Christel

Hauke, Bernd

Instenberg, Reiner

Jacobs, Christina

Kammrad, Norbert

Kloft, Samuel

Kummert, Marcel

Kunze, Matthias

Lenkeit, Anette

Liepe, Erhard

Lippmann, Dirk

Ludwig, Peter

Meinecke, Sven

Mertens, Martin

Radtke, Carola

Richter-Mendau, Henning, Dr.

Röhl, Christian

Röxe, Joachim

bis einschließlich TOP44 anwesend

Schlafke, Jürgen

Schmotz, Klaus

Schober, Marcus

Schreiber, Mäxchen

Schulz, Stefanie Wilhelmine  
Schüßler, Xenia  
Schwarzer, Jörg  
Stelle, Thomas  
Teubner, Jürgen  
Weise, Thomas  
Wollmann, Herbert, Dr.

Protokollführer/in

Gravert, Robert  
Lodders, Stefan

Sachkundige Einwohner/innen

Glewwe, Jörg-Michael

von der Verwaltung

Geffers, Michael  
Heidemann, Mandy  
Kleefeldt, Axel  
Mehlkopf, Torsten  
Pidun, Silke  
Pönack, Stephan  
Westrum, Georg-Wilhelm

**Entschuldigt fehlen:**

Mitglieder

Dahlke, Björn Eckhard  
Kunert, Katrin  
Kurth, Kerstin

entschuldigt



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Informationen des Stadtratsvorstandes
- 5 Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung
- 6 Informationen des Oberbürgermeisters
- 7 Beschlussfassung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.03.2021
- 8 Satzung der Hansestadt Stendal zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände "Uchte", "Tanger", "Milde/Biese" und "Untere Ohre" (Umlagesatzung -US-) **VII/0415**
- 9 Beschluss über die 1. Änderung des Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplans zum Förderprogramm "Sozialer Zusammenhalt", Stendal-Stadtsee, Programmjahr 2020 **VII/0435**
- 10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1/92 "Fachmarktzentrum Stendal; 2. Änderung" - Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs.1 BauGB **VII/0438**
- 11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1/92 "Fachmarktzentrum Stendal; 2. Änderung" – Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB **VII/0439**
- 12 Bebauungsplan Nr. 3/91 "Langer Weg; 1. Änderung" – Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB **VII/0441**
- 13 Bebauungsplan Nr. 3/91 "Langer Weg ; 1. Änderung" - Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB i.V. mit § 13a BauGB **VII/0440**
- 14 Antrag der Fraktion CDU/Landgemeinden - Klimaschutzkonzept konsequent umsetzen: Potentiale für erneuerbare Energien nutzen, energieeffizient und zukunftsorientiert bauen, Photovoltaik bei städtischen Neubauten und Sanierungen **A VII/091**
- 15 Antrag der Fraktion CDU/Landgemeinden - Bargeldloses Parken **A VII/085**
- 16 Antrag der Fraktion CDU/Landgemeinden - Potenziale für erneuerbare Energien nutzen - Aufdachanlagen auf städtischen Gebäuden zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie **A VII/086**
- 17 Bebauungsplan Nr. 18/94 "RAW-Ost, hier: Aufhebung des Aufstellungsverfahrens gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) **VII/0426**
- 18 Förderrichtlinie zum Erwerb von Führerscheinen für aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stendal zum Führen von Einsatzfahrzeugen **VII/0403**
- 19 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 37/21 "Solarpark Wahrburg - Südlich Tornauer Str." hier: Aufstellungsbeschluss **VII/0431**
- 20 Integriertes Verkehrskonzept "Stendal - Altstadt" - Selbstbindungsbeschluss **VII/0434**
- 21 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Stendal (Sondernutzungsgebührensatzung) **VII/0421**
- 22 Antrag der Fraktion CDU/Landgemeinden zur Entlastung der Händler und Gewerbetreibenden **A VII/100**
- 23 Antrag der Fraktion SPD/FPD/Ortsteile auf Akteneinsichtsrecht §45 (6) KVG LSA einer Fraktion in die Anordnung für den Stadt-



	ordnungsdienst	
24	Antrag der Fraktion AfD auf Akteneinsicht nach §45 (6) S. 2 KVG LSA betreffend Sonnenblick Nord	<b>A VII/097</b>
25	Grundsatzbeschluss zur Einführung eines digitalen Abstimmungssystems	<b>VII/0465</b>
26	Antrag des Stadtratsvorstandes zur Änderung der Geschäftsordnung	<b>A VII/101</b>
27	Aktuelle Debatte unter dem Titel "Volksvertreter gegen fragwürdiges Verwaltungshandeln" gemäß § 2 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Stendaler Stadtrates	
28	Antrag der Fraktion SPD/FDP/Ortsteile zur Errichtung einer straßenbegleitenden Schallschutzanlage für das Neubaugebiet "Uenglinger Berg - 1. Erweiterung"	<b>A VII/087</b>
29	Antrag der Fraktion SPD/FDP/Ortsteile zur Errichtung von Blindenleitsystemen	<b>A VII/089</b>
30	Antrag der Fraktion SPD/FDP/Ortsteile - Verwirklichung des Bebauungsplanes Nr. 58/18 "Uenglinger Berg - 1. Erweiterung"	<b>A VII/095</b>
31	Antrag der Fraktion FSS/BfS - Prüfung Ersatzneubau Bauernmarkthalle	<b>A VII/093</b>
32	Antrag der Fraktion FSS/BfS - Aufhebung Sperrvermerk Zuweisung Verein Winkelmann-Gesellschaft e.V.	<b>A VII/094</b>
33	Antrag der Fraktion AfD - Aussetzung der geplanten Erhöhung der Eintrittspreise im Tiergarten	<b>A VII/098</b>
34	Antrag der AfD-Fraktion - Prüfantrag zur Rückerstattung der Kita-Beiträge aufgrund pandemiebedingter Schließungen	<b>A VII/099</b>
35	Richtlinie zur Vergabe der Ehrenamtskarte der Hansestadt Stendal	<b>VII/0401/1</b>
36	2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Stendal (Straßensondernutzungssatzung)	<b>VII/0416</b>
37	Aufstockung der Rückstellung für die Sanierung des Grundstückes in der Gardelegener Straße 60 (ehemalige Schwellentränke), Flur 74, Flurstück 217 und 242/221	<b>VII/0429</b>
38	10. Änderung des Flächennutzungsplans Stadt Stendal "Solarpark Wahrburg- Südlich Tornauer Str." hier: Aufstellungsbeschluss	<b>VII/0432</b>
39	Zweckvereinbarung Zensus	<b>VII/0463</b>
40	Anfragen/Anregungen	

### **Nicht öffentlicher Teil**

41	Informationen des Stadtratsvorstandes	
42	Informationen des Oberbürgermeisters	
43	Beschlussfassung über die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 22.03.2021	
44	Gerichtsverfahren "Sonnenblick"	<b>VII/0467</b>
45	Bestellung eines Erbbaurechts im OT Möringen, Möringer Dorfstraße	<b>VII/0399</b>
46	Anfragen/Anregungen	



## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu TOP 1 **Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Öffentlichkeit sowie die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Vertreter der Ortschaftsräte, der Verwaltung und der Presse. Die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt. Es sind zurzeit 37 stimmberechtigte Mitglieder inkl. Herrn Oberbürgermeister Schmotz anwesend. Er informiert zu den derzeit gültigen Corona-Regelungen, welche während der Sitzung sowie in den Pausen einzuhalten sind.

**Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** bedankt sich bei der Kreissparkasse Stendal für die Zurverfügungstellung des Schulungs- und Ausbildungszentrums sowie beim Offenen Kanal, der auch unter den gegebenen Umständen erneut die Akustik und die Aufzeichnung der Sitzung sicherstellt. Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

#### zu TOP 2 **Feststellung der Tagesordnung**

**Herr Stadtrat Beuchel** nimmt an der Sitzung teil.

**Herr Oberbürgermeister Schmotz** informiert, dass TOP 19 und TOP 38 zurückgezogen werden.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung festgestellt.

#### zu TOP 3 **Einwohnerfragestunde**

**Herr Steffen Roske** stellt fest, dass zwei von drei seiner Anliegen bereits mit heute vorliegendem Schreiben beantwortet wurden, dennoch möchte er dies nochmal in Gänze vortragen.

1. Warum wurden seine Fragen aus der letzten Stadtratssitzung bis heute nicht beantwortet?
2. Ist es möglich neue/zusätzliche Bänke und Papierkörbe in der Breiten Str. zu schaffen? Könnte eine Fraktion hierzu einen entsprechenden Antrag stellen, damit dieses Vorhaben im nächsten Haushalt berücksichtigt werden kann?
3. Hat die Verwaltung schon Kontakt mit den Eigentümern der Wohnblöcke im Stadtteil Stendal-Süd aufgenommen? Hat die Hansestadt Stendal nicht eine gewisse Mitverantwortung für die gefahrenabwehrrechtliche Sicherung der Wohnblöcke, auch wenn sie nicht Eigentümerin ist?

#### zu TOP 4 **Informationen des Stadtratsvorstandes**



**Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** hat keine Informationen.

**zu TOP 5      Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung**

Beschlussfassung über die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzungen vom 15.02.2021 und 01.03.2021

35 Ja                      1 Enthaltung                      einstimmig angenommen

Kinder- und Jugendinteressenvertretung der Hansestadt Stendal und den Ortsteilen – VII/0394

26 Ja                      10 Enthaltungen                      einstimmig beschlossen

Beschlussfassung zur Festlegung der Auswahlkriterien und deren Gewichtung – zur Auswahl eines Unternehmens, mit dem ein Gas-Wegenutzungsvertrag gem. §46 Energiewirtschaftsgesetz abgeschlossen werden soll. (Bereich Kernstadt) – VII/0409

32 Ja    einstimmig beschlossen

Beschlussfassung zur Festlegung der Auswahlkriterien und deren Gewichtung – zur Auswahl eines Unternehmens, mit dem ein Gas-Wegenutzungsvertrag gem. §46 Energiewirtschaftsgesetz abgeschlossen werden soll. (Bereich Umland) - VII/0410

32 Ja    einstimmig beschlossen

Beschlussfassung zur Festlegung der Auswahlkriterien und deren Gewichtung – zur Auswahl eines Unternehmens, mit dem ein Strom-Wegenutzungsvertrag gem. §46 Energiewirtschaftsgesetz abgeschlossen werden soll. (Bereich Kernstadt) - VII/0411

32 Ja    einstimmig beschlossen

Beschlussfassung zur Festlegung der Auswahlkriterien und deren Gewichtung – zur Auswahl eines Unternehmens, mit dem ein Strom-Wegenutzungsvertrag gem. §46 Energiewirtschaftsgesetz abgeschlossen werden soll. (Bereich Umland) - VII/0412

32 Ja    einstimmig beschlossen

**zu TOP 6      Informationen des Oberbürgermeisters**

**Herr Oberbürgermeister Schmotz** informiert darüber, dass sich die Deutsche Bahn AG mit Schreiben vom 06.04.2021 entschieden hat, aufgrund der Pandemieentwicklung die geplante Wiederaufnahme der Interregio-Verbindung Hamburg - Berlin zu verschieben, bis sich die Lage entspannt hat. Einen genauen Termin nennt die Deutsche Bahn AG in diesem Schreiben nicht.

**zu TOP 7      Beschlussfassung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.03.2021**

Zur Niederschrift gibt es keine Einwände.



Ja 38 einstimmig beschlossen

**zu TOP 8      Satzung der Hansestadt Stendal zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände "Uchte", "Tanger", Milde/Biese" und "Untere Ohre" (Umlagesatzung -US-)**

VII/0415      Es erfolgt die Abstimmung für die Ortschaften:  
Binfefelde:      Ja 34                      Enthaltungen 4                      - einstimmig angenommen  
Insel:              Ja 34                      Enthaltungen 4                      - einstimmig angenommen  
Staats:             Ja 34                      Enthaltungen 4                      - einstimmig angenommen

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt (gemäß Anlage 1 a) die Neufassung der Satzung der Hansestadt Stendal zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände „Uchte“, „Tanger“, „Milde/Biese“ und „Untere Ohre“ (Umlagesatzung – US-).

Ja 36    Nein 2    Enthaltung 0    mehrheitlich beschlossen

**zu TOP 9      Beschluss über die 1. Änderung des Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplans zum Förderprogramm "Sozialer Zusammenhalt", Stendal-Stadtsee, Programmjahr 2020**

VII/0435      **Herr Stadtrat Instenberg** und **Herr Stadtrat Dr. Faber** nehmen wegen persönlicher Befangenheit an der Beschlussfassung nicht teil.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 1. Änderung des Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplans (Stand 24.03.2021) des Fördermittelprogramms „Sozialer Zusammenhalt“, Stendal-Stadtsee, Programmjahr 2020.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Fördermittel vorbehaltlich der Zustimmung des Landesverwaltungsamtes zum geänderten Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan (Stand 24.03.2021) für die im Plan aufgeführten Einzelmaßnahmen einzusetzen.

Bezüglich der Änderung des Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplans wird einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 84.600,00 Euro für das Vorhaben „Gestaltung des Wohnumfeldes im Bereich Robert-Dittmann-Straße 6 – 6 d und 10 – 10 d sowie Rosa-Luxemburg-Straße 22 – 32 (rückwärtig)“ zugestimmt.

Ja 35    Enthaltung 1    Befangen 2    einstimmig beschlossen

**zu TOP 10    Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1/92 "Fachmarktzentrum Stendal; 2. Änderung" - Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs.1 BauGB**

VII/0438      **Herr Stadtrat Instenberg** und **Herr Stadtrat Dr. Faber** nehmen vor Aufruf des Tagesordnungspunktes wieder an der Sitzung teil.

**Beschlussvorschlag:**



Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 1/92 „Fachmarktzentrum Stendal“ (Drucksache VI/835) und gleichzeitig die Aufstellung der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 1/91 „Fachmarktzentrum Stendal“ gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 BauGB und § 13a BauGB in der derzeit gültigen Fassung.

Der räumliche Geltungsbereich der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 1/91 „Fachmarktzentrum Stendal“ befindet sich südlich der Industriestraße und umfasst eine Fläche von ca. 0,8 ha. Er umfasst das gesamte Flurstück 238/13 der Flur 18 in der Gemarkung Stendal (Planzeichnung in Anlage 1).

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss der Aufhebung der 1. Änderung und den Beschluss zur Aufstellung der 2. Änderung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1/92 „Fachmarktzentrum Stendal“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Ja 38 einstimmig beschlossen

**zu TOP 11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1/92 "Fachmarktzentrum Stendal; 2. Änderung" – Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**

VII/0439 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal stimmt dem vorliegenden Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1/92 „Fachmarktzentrum Stendal; 2. Änderung“ zu und beschließt die öffentliche Auslegung des nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB). Parallel dazu soll die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt werden.

Ja 38 einstimmig beschlossen

**zu TOP 12 Bebauungsplan Nr. 3/91 "Langer Weg; 1. Änderung" – Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**

VII/0441 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal stimmt dem vorliegenden Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3/91 „Langer Weg“ zu und beschließt die öffentliche Auslegung des nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB). Parallel dazu soll die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt werden.

Ja 38 einstimmig beschlossen

**zu TOP 13 Bebauungsplan Nr. 3/91 "Langer Weg ; 1. Änderung" - Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB i.V. mit § 13a BauGB**

VII/0440 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3/91 „Langer Weg“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB in der derzeit gültigen Fassung.





Der räumliche Geltungsbereich der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans befindet sich im nördlichen Bereich des Langer Weges und wird wie folgt umgrenzt:

- im Westen durch die westliche Flurstücksgrenze des Flurstückes 211
- im Norden durch die nördlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 211 und 212 auf einer Länge von 175 Metern ab dem Flurstück 211
- im Süden durch die südliche Grenze des Flurstücks 21/2 vom gedachten Punkt dieser Flurstücksgrenze mit der westlichen Grenze des Flurstücks 219 und auf der östlichen Seite mit der Länge von 175 Metern ab der westlichen Flurstücksgrenze des Flurstücks 211
- im Osten durch die gedachte Linie zwischen den 2 im Osten genannten Endpunkten der nördlichen und nördlichen Flurstücksgrenzung

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 3/92 „Langer Weg; 1. Änderung“ ortsüblich bekannt zu machen.

Ja 38 einstimmig beschlossen

**zu TOP 14 Antrag der Fraktion CDU/Landgemeinden - Klimaschutzkonzept konsequent umsetzen: Potentiale für erneuerbare Energien nutzen, energieeffizient und zukunftsorientiert bauen, Photovoltaik bei städtischen Neubauten und Sanierungen**

A VII/091 **Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** stellt fest, dass der Antrag im Haupt- und Personalausschuss geändert angenommen wurde. Die darin enthaltene Änderung ist jedoch nicht bekannt. Er bittet den Antragsteller diesen Änderungsantrag nochmal zu wiederholen

**Herr Stadtrat Röhl** merkt an, dass folgende Streichung im Anstrich 3 des Antrages vorgenommen wurde:

- Sollte die Integration einer Photovoltaikanlage in das Bauvorhaben nicht möglich sein, ist dies in jedem Einzelfall explizit dem Stadtrat zu begründen ~~und mit Stadtratsbeschluss abzuwägen.~~

**Herr Stadtrat Bausemer** bekundet, dass die AFD-Fraktion dem Antrag in der geänderten Form zustimmen wird und begründet dies.

Es erfolgt die Abstimmung in der geänderten Form:

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

- Bei der Planung stadteigener Neubauvorhaben ist ab sofort die Errichtung einer Photovoltaikanlage als Aufdachanlage obligatorisch. Im Falle vorgesehener Ziegeldächer, können alternativ moderne Solarziegel verwendet werden.
- Bei der Planung von Sanierung und Modernisierung stadteigener Gebäude ist ab sofort die Berücksichtigung der Möglichkeit zur Errichtung einer Photovoltaikanlage als Aufdachanlage (alternativ Solarziegel) obligatorisch.
- Sollte die Integration einer Photovoltaikanlage in das Bauvorhaben



nicht möglich sein, ist dies in jedem Einzelfall explizit dem Stadtrat zu begründen

Ein mögliches Betreibermodell für die Anlagen ist grundsätzlich zu prüfen.

Ja 38 geändert beschlossen

**zu TOP 15** **Antrag der Fraktion CDU/Landgemeinden - Bargeldloses Parken**  
A VII/085 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beauftragt den Oberbürgermeister, bis spätestens 30.09.2021 ein Konzept zur Einführung der Möglichkeit des bargeldlosen Parkens in öffentlichen kostenpflichtigen Parkzonen zu erstellen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Ziel des Konzeptes soll es sein, weitestgehend in allen kostenpflichtigen öffentlichen Parkbereichen das bargeldlose Parken (sog. Handyparken) anzubieten. Um im Landkreis eine möglichst breite Nutzung eines Systems zu ermöglichen, soll die Variante der Nachbargemeinden Osterburg und Tangerhütte im Variantenvergleich mit berücksichtigt werden.

Ja 38 einstimmig beschlossen

**zu TOP 16** **Antrag der Fraktion CDU/Landgemeinden - Potenziale für erneuerbare Energien nutzen - Aufdachanlagen auf städtischen Gebäuden zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie**

A VII/086 **Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** verliert den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion CDU/Landgemeinden. Die Aufstellung soll um *den jährlichen Stromverbrauch der betreffenden Liegenschaft* ergänzt werden.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister mit einer Aufstellung aller städtischen Immobilien mit einer Dachfläche größer 500 Quadratmeter.

Die Liste soll enthalten:

- Anschrift des Objektes
- Aktuelle Nutzungsart der Immobilie
- Luftbild mit Nordpfeil
- Abmessungen der Dachflächen inkl. ca. Gesamtfläche
- Dachform
- *den jährlichen Stromverbrauch der betreffenden Liegenschaft*

Die Aufstellung soll dem Stadtrat bis zum 30.09.2021 vorliegen.

Ja 38 geändert beschlossen

**zu TOP 17** **Bebauungsplan Nr. 18/94 "RAW-Ost, hier: Aufhebung des Aufstellungsverfahrens gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**  
VII/0426 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 18/94 „RAW-Ost“ vom 31.04.1994.

Ja 34 Nein 4 mehrheitlich beschlossen



**zu TOP 18 Förderrichtlinie zum Erwerb von Führerscheinen für aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stendal zum Führen von Einsatzfahrzeugen**

VII/0403 **Herr Stadtrat Schober** (Ortschaftsrat Uchtspringe) stellt im Namen des Ortschaftsrates Uchtspringe den *Antrag in der Förderrichtlinie unter 2. Förderung des Erwerbs des Führerscheines, im 5. Anstrich das Wort „Atemschutzgeräteträger“ ersatzlos zu streichen.*

Es erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag des Ortschaftsrates Uchtspringe:

Bindfelde:	Ja 26	Nein 6	Enthaltungen 6
Insel:	Ja 31	Nein 3	Enthaltungen 4
Staats:	Ja 27	Nein 6	Enthaltungen 5
Stadtrat:	Ja 29	Nein 2	Enthaltungen 7

Es erfolgt die Abstimmung der Ortschaften über die geänderte Beschlussvorlage:

Bindfelde:	Ja 32	Nein 2	Enthaltungen 4
Insel:	Ja 32	Nein 2	Enthaltungen 4
Staats:	Ja 32	Nein 1	Enthaltungen 5

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Förderrichtlinie zum Erwerb von Führerscheinen für aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stendal zum Führen von Einsatzfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stendal.

In der Förderrichtlinie ist unter 2. Förderung des Erwerbs des Führerscheines, im 5. Anstrich das Wort „Atemschutzgeräteträger“ ersatzlos zu streichen.

Ja 36 Nein 1 Enthaltung 1 geändert beschlossen

**zu TOP 19 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 37/21 "Solarpark Wahrburg - Südlich Tornauer Str." hier: Aufstellungsbeschluss**

VII/0431 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt das Verfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 37/21 „Solarpark Wahrburg - Südlich Tornauer Str.“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 12 BauGB einzuleiten (Aufstellungsbeschluss).

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Verfahren zur Aufstellung durchzuführen.

zurückgezogen

**zu TOP 20 Integriertes Verkehrskonzept "Stendal - Altstadt" - Selbstbindungsbeschluss**

VII/0434 **Herr Stadtrat Instenberg** teilt mit, dass die Fraktion SPD/FDP/Ortsteile dem



Beschluss zustimmen wird, jedoch ist unter Punkt M4 eine Prüfung vorgesehen die Breite Straße (Fußgängerzone) für den Radverkehr generell freizugeben. Dieses Vorhaben wird seitens der SPD abgelehnt, da befürchtet wird, dass dies zu Konflikten zwischen Radfahrern, Gaststättenbetrieben und Fußgängern führen wird.

**Herr Stadtrat Bausemer** bemängelt diesen Punkt ebenfalls. Radfahrer und Fußgänger dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ebenfalls wird die Einrichtung einer dauerhaften 30-Zone in der Moltkestraße kritisiert. Gründe hierfür sind nicht erkennbar. Die AFD wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal stimmt dem Abschlussbericht des Integrierten Verkehrskonzeptes „Stendal – Altstadt“ zu und beschließt die Inhalte des Konzeptes in Form eines Selbstbindungsbeschlusses.

Ja 30 Nein 6 Enthaltung 2 mehrheitlich beschlossen

**zu TOP 21**     **2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Stendal (Sondernutzungsgebührensatzung)**

VII/0421     **Herr Stadtrat Bausemer** äußert seine Bedenken gegenüber der Elektromobilität und einer Energiewende auf Kosten der Bürger. Dies werde von der AFD nicht mitgetragen.

**Herr Stadtrat Dr. Wollmann** fragt, ob nun der Stadtrat internationale Klimapolitik und bundespolitische Angelegenheiten debattiert oder es um den Vorschub für Elektromobilität in der Hansestadt Stendal geht. Hierdurch entstehen keine Verluste. Ohne Elektromobilität werde die Hansestadt Stendal nicht auskommen. Herr Stadtrat Dr. Wollmann spricht sich für die Vorlage aus.

Es erfolgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage für die Ortschaften:

Bindfelde:	Ja 27	Nein 6	Enthaltungen 5
Insel :	Ja 27	Nein 6	Enthaltungen 5
Staats :	Ja 27	Nein 6	Enthaltungen 5

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 befindliche 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Stendal (Sondernutzungsgebührensatzung).

Ja 30 Nein 6 Enthaltung 2 mehrheitlich beschlossen

**zu TOP 22**     **Antrag der Fraktion CDU/Landgemeinden zur Entlastung der Händler und Gewerbetreibenden**

A VII/100     **Frau Stadträtin Schübler** erläutert, dass es sich bei diesem Antrag um eine Fortschreibung dessen handelt, was im vergangenen Jahr beschlossen wurde.



### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt, abweichend zum Haushaltsbeschluss, bis zum 31.12.2021 auf die Erhebung der Gebühren gemäß

Lfd. Nr. 1.1, 1.5, 3.1, 3.2, 3.3, 4.1, 4.3, 4.4

der Sondernutzungsgebührensatzung für die gesamte Stadt Stendal zu verzichten.

Unser Refinanzierungsvorschlag sind eingesparte Kosten aus den abgesagten Stadtfesten und Veranstaltungen.

Ja 37 Enthaltung 1 einstimmig beschlossen

zu TOP 23 **Antrag der Fraktion SPD/FPD/Ortsteile auf Akteneinsichtsrecht §45 (6) KVG LSA einer Fraktion in die Anordnung für den Stadtdienst**  
A VII/096 zur Kenntnis genommen

zu TOP 24 **Antrag der Fraktion AfD auf Akteneinsicht nach §45 (6) S. 2 KVG LSA betreffend Sonnenblick Nord**  
A VII/097 **Herr Stadtrat Bausemer** gibt bekannt dass das Landgericht Stendal eine Entscheidung getroffen hat und das Grundstück deutlich unter Wert verkauft wurde.

**Herr Stadtrat Röxe** stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung mit dem Hinweis, dass das nicht öffentlich debattiert werden darf.

**Herr Stadtrat Bausemer** führt weiter aus, dass der Hauptausschuss mehrheitlich entschieden hat, dass kein Widerspruch eingelegt werden soll. Den darauf folgenden Widerspruch des Oberbürgermeisters sieht die AfD-Fraktion als eine Art „Winkelschachzug“

**Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** weist an der Stelle Herrn Stadtrat Bausemer daraufhin, dass dies bitte weiter im „nichtöffentlichen Teil“ besprochen wird.

**Herr Stadtrat Bausemer** bittet um einen zeitnahen Termin zur Akteneinsicht.

**Herr Stadtrat Röxe** merkt an, dass es die Aufgabe des Stadtratsvorsitzenden gewesen wäre hier einzugreifen, da nicht öffentliche Themen im öffentlichen Teil angesprochen wurden.

**Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** stellt die Kenntnisnahme der geforderten Akteneinsicht fest und bittet die Verwaltung in gehabter Manier einen entsprechenden Termin vorzubereiten.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 25 **Grundsatzbeschluss zur Einführung eines digitalen Abstimmungssystems**

VII/0465 **Herr Stadtrat Beuchel** wird gegen den Antrag stimmen, weil jedes technische System manipulierbar ist und es keine Risikoanalyse hierzu gibt.



**Herr Stadtrat Bausemer** teilt die Skepsis des Herrn Stadtrat Beuchel nicht, aber ihm erschließt sich die Notwendigkeit bei 41 Stimmberechtigten nicht. Diese Investition lehnt die Fraktion AFD ab.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt zur Unterstützung des Sitzungsleitung die Einführung der Abstimmungssoftware CouncilARS mit den dazugehörigen Abstimmungsgeräten Replay Interact Mini der Infowhyse GmbH.

Ja 25 Nein 10 Enthaltung 3 mehrheitlich beschlossen

**zu TOP 26**  
A VII/101

**Antrag des Stadtratsvorstandes zur Änderung der Geschäftsordnung**  
**Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** stellt fest, dass der Antrag nicht vorberaten wurde.

zurück an Ausschuss

**zu TOP 27**

**Aktuelle Debatte unter dem Titel "Volksvertreter gegen fragwürdiges Verwaltungshandeln" gemäß § 2 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Stendaler Stadtrates**

**Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** weist darauf hin, dass man sich im öffentlichen Teil der Sitzung befinde:

**Herr Stadtrat Goroncy** dreht sich während der gesamten Debatte mit dem Rücken zum Stadtrat. Sein T-Shirt zeigt einen Aufdruck „...kein Wahlkampfinstrument“.

**Herr Stadtrat Bausemer** zieht die Bilanz aus 2 Jahren Stadtrat und hat mit dem Umgang von Anträgen seitens der Verwaltung ein negatives Bild zu zeichnen. Wenn Anträge gestellt werden und die erforderlichen Mehrheiten sich dahinter versammeln, dann sollten diese Anträge auch so umgesetzt werden und nicht mit Widersprüchen des Oberbürgermeisters flankiert werden. Als Beispiele werden die Absenkung der Rathauschwelle (Stichwort Barrierefreiheit) und Umwidmung der Winkelmannstraße in eine Einbahnstraße genannt. Die Argumentation bzgl. der Nicht-Umsetzung ist hier nicht überzeugend. Beschlüsse müssen so umgesetzt werden, wie sie beschlossen werden.

**Herr Stadtrat Dr. Wollmann** merkt an, dass einige Beschlüsse tatsächlich nicht umgesetzt werden. Als Beispiele hierfür werden „Friedwald“ und „Digitale Stadt“ angebracht. Formal ist der Antrag der AFD-Fraktion zur Debatte nicht zu beanstanden, aber in der Auseinandersetzung mit dem Antragstext missfällt die Passage zum Thema Kreidemalerei auf dem Marktplatz, worin Beteiligte als „linksradikal“ diskriminiert werden. Behauptungen jemand sei „linksradikal“ sind nicht in Ordnung. Die AFD-Fraktion ist seit 2015 im Stadtrat. 4 Jahre lang habe man nichts ihr gehört. Der Grundstücksverkauf „Sonnenblick“ reicht weit in diese Zeit zurück. Jahrelang habe seine Fraktion dieses Thema kritisch behandelt. Das sei Grundlage der heutigen Debatte hierüber. Zur Forderung der AFD-Fraktion nach personellen Änderungen an der Spitze der Verwaltung ist unklar, was die AFD-Fraktion hiermit erreichen möchte. Herr Stadtrat Dr. Wollmann weist nochmal darauf hin, dass es im September 2016 im Stendaler



Stadtrat einen Abwahantrag gegenüber einem höherrangigen Verwaltungsbeamten gab. Dieser Abwahantrag kam aus seiner Fraktion und fand nur in Teilen eine Mehrheit. Ein wesentlicher Teil des Antrages wurde abgelehnt. Diese demokratische Entscheidung habe man zu akzeptieren und es ist allein die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger, wer das Amt des Hauptverwaltungsbeamten innehat. Probleme sollten anders gelöst werden. Überflüssige Personaldebatten sind zu vermeiden.

**Herr Stadtrat Bausemer** stellt klar, dass die AFD-Fraktion bewusst keinen Abwahantrag gestellt habe. Man möchte keine Personaldebatten führen, sondern dass Beschlüsse, die getroffen wurden auch umgesetzt werden.

**Herr Stadtrat Röhl** findet, ohne jegliche Schuldzuweisungen machen zu wollen, dass sachliche Auseinandersetzungen mit den Argumenten der vermeintlichen Gegenseite im Stadtrat zu kurz kommen. Der Stadtrat ist dazu verpflichtet Missstände aufzudecken und zu beheben. Die Fraktion FSS/BfS hat folgende Probleme zu bemängeln:

- Das für Herrn Stadtrat Röhl inflationär erscheinende Einlegen von Widersprüchen durch den Oberbürgermeister sei gezielt auf eine Herbeiführung einer abweichenden Entscheidung gerichtet und objektiv nicht haltbar.
- Die Abarbeitung von unliebsamen Beschlussvorlagen läuft oft schleppend.
- Vom Bauamt komme immer öfter die Aussage: „Das schaffen wir nicht.“ Eine Prioritätenliste für Investitionsvorhaben wäre notwendig, um festzulegen, was geschafft werden muss und was nicht. Habe man eine solche vom Stadtrat legitimierte Prioritätenliste nicht, so seien die Haushaltsbeschlüsse bindend.
- An den Stadtrat gerichtet: Zum Vollzug der Überprüfung von Stadratsmitgliedern auf Mitarbeit im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit sei es ein Dilemma einen Selbstbindungsbeschluss nicht eigenverantwortlich umzusetzen. Erst beschließt der Stadtrat eine Überprüfung und dann scheitert es daran, dass einzelne Stadratsmitglieder die notwendigen Angaben zur Überprüfung unterlassen. Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta solle sich die notwendigen Angaben der Mitglieder besorgen, ersatzweise eine Datenerhebung beim Einwohnermeldeamt einfordern.

**Herr Stadtrat Röxe** kritisiert die Verhandlungsführung des Stadtratsvorsitzenden Herrn Sobotta. Herr Stadtrat Röhl hat die Redezeit von 5 min. deutlich überschritten. Dies hätte gerügt werden müssen. Er frage sich warum das nicht geschieht.

**Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** verweist darauf, dass man sich in einer Debatte befinde und die Regelungen zur Redezeit hier nicht gelten. Auch die Anzahl der Redner lässt Abweichungen von der SOLL-Redezeit zu.

**Herr Oberbürgermeister Schmotz** antwortet auf die vorgebrachten Dinge. Die Verwaltung habe ca. 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die täglich an der Umsetzung der Dinge arbeiten, die der Verwaltung per Gesetz, Verordnung oder durch Beschluss des Stadtrates einschließlich von Anträgen der Fraktionen zugeordnet sind.

Er untermauert die Arbeitsleistung im Hintergrund mit ein paar Zahlen:

In der laufenden Wahlperiode (knapp 2 Jahre) gab es insgesamt:

- 468 Vorlagen. 31 davon noch nicht vollständig abgearbeitet. Darunter



befinden sich allein 14 Bauvorhaben und 4 Bauleitverfahren, die naturgemäß eine gewisse Abarbeitungszeit bedeuten, Ebenfalls darunter befinden sich Personalentscheidungen, die nicht umgesetzt werden konnten, da der ausgewählte Bewerber die Stelle nicht angetreten hat.

- 101 Anträge der Fraktionen. 7 Anträge sind bisher noch nicht abschließend bearbeitet.

Die meisten Anträge und Beschlussvorlagen sind in Bearbeitung und werden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung in Angriff genommen.

Es gibt tatsächlich personelle, sachliche und finanzielle Ressourcen, die eine schnellere Umsetzung nicht zulassen. Die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses kennen ganz deutlich die Personalgewinnungsproblematik. Ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können nur schwer nachbesetzt werden.

Zur Schwelle an der Rathauseingangstür sagt Herr Oberbürgermeister Schmotz, dass die Gründe der Nicht-Umsetzung nicht nur im Denkmalschutz liegen. Bei Starkregenereignissen wird das Rathaus im Untergeschoss nass. Das Gebäude muss gegen Beschädigung geschützt werden. Das sei keineswegs böser Wille oder Unzufriedenheit über diesen Beschluss. Es gibt keine Trickereien der Verwaltung. Widersprüche machen keinen Spaß, aber auch Mehrheiten können einmal irren. Das Thema Friedwald ist bearbeitet und wird in der nächsten Runde behandelt. Auch das Thema Straßenreinigung, kostenlose Laubentsorgung und B-Plan südlich Arnimer Damm ist in Bearbeitung und wird demnächst umgesetzt. Eine Prioritätenliste Bauvorhaben unterstützt er ausdrücklich.

**zu TOP 28     Antrag der Fraktion SPD/FDP/Ortsteile zur Errichtung einer straßenbegleitenden Schallschutzanlage für das Neubaugebiet "Uenglinger Berg - 1. Erweiterung"**

A VII/087     **Herr Dr. Wollmann** erinnert an einen bereits im ASE und HPA gestellten Änderungsantrag. Dieser beinhaltet die Streichung der letzten drei Worte des vorliegenden Antrages, „und baulich umzusetzen“. Diesem wurde zugestimmt. Er bittet die Verwaltung dies zügig umzusetzen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal möge beschließen, ein Konzept für eine L 15- straßenbegleitende Schallschutzanlage für das Neubaugebiet „Uenglinger Berg- 1.Erweiterung“ zu erarbeiten.

Unabhängig davon wird die Verwaltung aufgefordert, mit aller Kraft die Planung und den Bau der L15n voranzubringen.

Ja 35    Nein 1    Enthaltung 2    geändert beschlossen

**zu TOP 29     Antrag der Fraktion SPD/FDP/Ortsteile zur Errichtung von Blindenleitsystemen**

A VII/089     **Herr Stadtrat Dr. Wollmann** beantragt nach mehrfachen Unstimmigkeiten bei der Auszählung eine namentliche Abstimmung. (Anlage 1)

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal möge beschließen:





Im Rahmen der derzeitigen Tiefbaumaßnahmen in der Fußgängerzone der „Breiten Straße“, der grundhaften Sanierung des „Schadewachten“ und der „Winckelmannstraße“ sind in die Oberflächengestaltung des gesamten Straßenraumes **Blindenleitsysteme** (Taktile Bodenleitsysteme, Leitliniensysteme) einzuplanen und zu installieren, um die Teilhabe von Sehbehinderten und Blinden zu gewährleisten.

Hierbei sollen nicht nur Markierungen für öffentliche Einrichtungen, sondern auch für Geschäfte und Gaststätten eingearbeitet werden.

Bei allen weiteren Bauvorhaben sind diese Maßnahmen zur Teilhabe von vornherein zu planen.

Ja 14 Nein 17 Enthaltung 7 mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmungsergebnis:**

Namentliche Abstimmung (Anlage 1)

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes gibt es eine Lüftungspause. (18:56 – 19:05)

Anschließend weist **Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** daraufhin, dass ihm während der Pause zugetragen wurde, dass bei der Abstimmung über das Blindenleitsystem die Möglichkeit einer Befangenheit bei einigen Stadträten besteht.

zu TOP 30 **Antrag der Fraktion SPD/FDP/Ortsteile - Verwirklichung des Bebauungsplanes Nr. 58/18 "Uenglinger Berg - 1. Erweiterung"**  
A VII/095 **Herr Stadtrat Ludwig** stellt den Antrag vor.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt als Grundsatzbeschluss zur Verwirklichung des Bebauungsplanes Nr. 58/18 "Uenglinger Berg - 1. Erweiterung":

1. dass die Erschließungsmaßnahmen zur Verwirklichung des Bebauungsplanes Nr. 58/18 "Uenglinger Berg - 1. Erweiterung" mit den Versorgungsträgern geplant und im Rahmen einer Ortsnetzerweiterung umgesetzt werden
2. dass die Veräußerung der dann zu parzellierenden Baugrundstücke durch die Hansestadt Stendal direkt an die Käufer vorgenommen wird, für die Vermarktung der Baugrundstücke kann Sie sich eines Dritten (Immobilienmakler) bedienen
3. die Grundstücke sollen meistbietend (ohne Bauträgerbindung) angeboten werden, der Mindestpreis soll anhand der gesetzlichen Vorschriften ermittelt werden, weitere Zuschlagskriterien sollen durch den Stadtrat benannt werden

Ja 19 Nein 16 Enthaltung 3 mehrheitlich beschlossen

zu TOP 31 **Antrag der Fraktion FSS/BfS - Prüfung Ersatzneubau Bauernmarkthalle**  
A VII/093 **Herr Stadtrat Weise** merkt an, der Antrag würde zu einseitig auf einen Ersatz-



neubau abzielen und eine mögliche Sanierung nicht ausreichend berücksichtigen. Die Planung hierfür könne die Verwaltung nach dem BKI (Baukostenindex) selbst übernehmen und so Geld einsparen. Des Weiteren stellt er in Frage ob ein Neubau wirtschaftlich wäre.

**Herr Stadtrat Goroncy** hält die Terminierung zum 31.07.21 nicht für sinnvoll.

**Herr Stadtrat Röhl** gibt an, dass die Höhe der Kosten für eine Sanierung bereits vorliegt. Der Antrag zielt auf die Erörterung verschiedener Varianten ab, noch nicht auf die Entscheidung für eine davon.

**Herr Stadtrat Dr. Wollmann** bittet Herrn Stelle einen schriftlichen Vorschlag einzureichen.

**Herr Westrum** zweifelt auch im Falle einer Sanierung die Wirtschaftlichkeit an.

**Herr Stadtrat Weise** wünscht sich eine Gegenüberstellung der Varianten für eine Sanierung zu einem möglichen Neubau.

**Herr Stadtrat Schwarzer** plädiert für einen Neubau.

**Herr Stadtrat Röhl** stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planung und Kostenermittlung für die Errichtung eines zweckmäßigen Ersatzneubaus und anderer Varianten wie z. B. einer Sanierung für die Bauernmarkthalle vorzunehmen. Sofern personelle Kapazitäten verwaltungsintern nicht vorhanden sind, soll ein Architekturbüro mit diesen Leistungen (HOAI LP1/2) beauftragt werden. Als terminliche Zielsetzung zur Vorlage der Grundlagenermittlung und Vorplanung mit Kostenermittlung soll der 31.07.2021 gesetzt werden.

Er merkt zusätzlich an, dass es Ziel sein sollte, hierzu im dritten Quartal eine Entscheidung zu treffen, sollte der 31.07.21 zu zeitnah sein.

**Herr Stadtrat Röxe** weist auf nötige Ausweichflächen für die Händler im Falle eines Ersatzneubaus hin.

**Herr Stadtrat Schwarzer** hat den Eindruck, dass die Betreiber für einen Ersatzneubau sind.

**Herr Stadtrat Bausemer** stellt den Änderungsantrag, die Terminierung auf den 01.09.21 zu setzen.

**Herr Stadtrat Stelle** wird dem Bauamt Hinweise und Vorschläge für eine kostengünstige Sanierung zur Verfügung stellen. Ein Neubau kostet seiner Ansicht nach mit Abriss min. 1,1 Mio. Euro

#### **Abstimmung Änderungsantrag FSS/BfS:**

36 Ja	1 Nein	1 Enthaltung	mehrheitlich beschlossen
-------	--------	--------------	--------------------------

#### **Abstimmung Änderungsantrag AfD:**

24 Ja	9 Nein	5 Enthaltungen	mehrheitlich beschlossen
-------	--------	----------------	--------------------------



**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planung und Kostenermittlung für die Errichtung eines zweckmäßigen Ersatzneubaus und anderer Varianten wie z. B. einer Sanierung für die Bauernmarkthalle vorzunehmen. Sofern personelle Kapazitäten verwaltungsintern nicht vorhanden sind, soll ein Architekturbüro mit diesen Leistungen (HOAI LP1/2) beauftragt werden. Als terminliche Zielsetzung zur Vorlage der Grundlagenermittlung und Vorplanung mit Kostenermittlung soll der 01.09.2021 gesetzt werden.

Ja 36 Nein 1 Enthaltung 1 geändert beschlossen

**zu TOP 32 Antrag der Fraktion FSS/BfS - Aufhebung Sperrvermerk Zuweisung Verein Winckelmann-Gesellschaft e.V.**

A VII/094 **Herr Oberbürgermeister Schmotz** nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil und verlässt das Plenum.

**Beschlussvorschlag:**

Die Vertretung beschließt die Aufhebung des Sperrvermerkes für die Zuweisung für den Verein Winckelmann-Gesellschaft e.V. (Produkt 251100)

Ja 30 Nein 4 Enthaltung 3 mehrheitlich beschlossen

**zu TOP 33 Antrag der Fraktion AfD - Aussetzung der geplanten Erhöhung der Eintrittspreise im Tiergarten**

A VII/098 **Herr Oberbürgermeister Schmotz** nimmt wieder an der Beratung teil.

**Herr Stadtrat Bausemer** begründet den Antrag.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die anliegende 3. Änderung der Satzung über die Gebühren für die Benutzung des Tiergartens der Hansestadt Stendal (Tiergarten-Gebührensatzung). Die damit verbundene Erhöhung der Eintrittspreise tritt erst zum 01. Januar 2022 in Kraft.

Ja 10 Nein 23 Enthaltung 5 mehrheitlich abgelehnt

**zu TOP 34 Antrag der AfD-Fraktion - Prüfantrag zur Rückerstattung der Kita-Beiträge aufgrund pandemiebedingter Schließungen**

A VII/099 **Herr Stadtrat Bausemer** begründet den Antrag.

**Herr Stadtrat Dr. Wollmann** erinnert an einen ähnlichen Anstoß durch Herrn Stadtrat Instenberg im letzten Jahr, auf den folgend Rückerstattungen gezahlt wurden.

**Herr Oberbürgermeister Schmotz** gibt zur Kenntnis, dass das Land nur Kosten von min. 14 Tagen pro Monat erstattet. Die Verwaltung hat jedoch bereits eine Rückerstattung vorbereitet. Diese müsse von den Eltern beantragt werden.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen, dass die Stadtverwaltung prüft, inwiefern betroffenen Eltern die gezahlten Kita-Beiträge aufgrund der aktuellen Schließung



in voller Höhe zurückgezahlt werden können.

Ja 21 Nein 10 Enthaltung 7 mehrheitlich beschlossen

zu TOP 35  
VII/0401/1

### **Richtlinie zur Vergabe der Ehrenamtskarte der Hansestadt Stendal**

**Herr Stadtrat Meinecke** kritisiert Herrn Stadtrat Röhl für die späte Einreichung des Änderungsantrages. Dieser konnte aufgrund der Kurzfristigkeit nicht eingehend geprüft werden. Er habe das Vertrauen verloren. Schon einmal wurde der Antrag aufgrund vieler Änderungsanträge verwiesen. Er signalisiert Ablehnung und befürwortet die Abstimmung wie in den Ausschüssen. Eine solche Zusammenfassung sei Aufgabe der Verwaltung.

**Herr Stadtrat Röhl** meint diese Kritik steht Herrn Meinecke nicht zu. Sein Antrag sei ein Versuch alle Punkte des Haupt- und Personalausschusses zu berücksichtigen.

### **Abstimmung Änderungsantrag FSS/BfS:**

Bindfelde	Ja 17	Nein 8	9 Enthaltungen
-----------	-------	--------	----------------

**Herr Stadtrat Röxe** und **Frau Stadträtin Lenkeit** verlassen das Plenum.

Insel	Ja 17	Nein 8	7 Enthaltungen
-------	-------	--------	----------------

Staats	Ja 17	Nein 8	7 Enthaltungen
--------	-------	--------	----------------

Stadtrat	Ja 19	Nein 11	4 Enthaltungen
----------	-------	---------	----------------

**Herr Stadtrat Röxe** und **Frau Stadträtin Lenkeit** nehmen wieder an der Beschlussfassung teil.

### **Abstimmung über die geänderte Beschlussvorlage (Ortschaften):**

Bindfelde	Ja 17	Nein 6	Enthaltungen 14
-----------	-------	--------	-----------------

Insel	Ja 18	Nein 5	Enthaltungen 14
-------	-------	--------	-----------------

Staats	Ja 16	Nein 6	Enthaltungen 15
--------	-------	--------	-----------------

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie zur Vergabe der Ehrenamtskarte der Hansestadt Stendal.

Ja 22 Nein 11 Enthaltung 4 mehrheitlich beschlossen

zu TOP 36

### **2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Stendal (Straßensondernutzungssatzung)**

VII/0416

**Herr Stadtrat Bausemer** teilt den Eindruck einer Lärmbelästigung nicht. Er sehe aufgrund der wenigen Straßenmusiker in der Stadt keinen Handlungsbedarf und lehnt diesen Antrag ab.

**Herr Stadtrat Beuchel** vermutet hinter der Änderung eine persönliche Auseinandersetzung und stimmt diesem ebenfalls nicht zu.



### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 befindliche 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Stendal (Straßensondernutzungssatzung).

Ja 13 Nein 17 Enthaltung 8 mehrheitlich abgelehnt

zu TOP 37 **Aufstockung der Rückstellung für die Sanierung des Grundstückes in der Gardelegener Straße 60 (ehemalige Schwellentränke), Flur 74, Flurstück 217 und 242/221**

VII/0429 **Herr Stadtrat Instenberg** verlässt das Plenum.

**Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** gibt die Sitzungsleitung an seine Stellvertreterin Frau Stadträtin Antusch ab.

**Frau stellv. Stadtratsvorsitzende Antusch** leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

**Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** ist der Meinung es gäbe keinen Grund der Vorlage zuzustimmen, da es hier weder eine Sanierungsabsicht, noch eine Sanierungspflicht gebe. Man könne überlegen, die Rückstellungen von einer Million Euro aufzulösen, da es auch hierfür keine Rechtsgrundlage gibt. Dann müsse man den Wert des Grundstückes auf null setzen. So könne man damit leben, dass die Rücklage nicht eingestellt wird.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, die Rückstellung `Sanierung von Altlasten` entsprechend des Gutachtens vom 05.07.2018 von der IHU Geologie und Analytik und des Schriftsatzes vom Landkreis Stendal, Umweltamt, vom 28.02.2020 auf einen voraussichtlichen Erfüllungsbetrag von 7,0 Mio. Euro im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 gemäß der 1. Variante, aus den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses der Vorjahre aufzustocken.

Ja 9 Nein 28 Enthaltung 0 Befangen 1 mehrheitlich abgelehnt

zu TOP 38 **10. Änderung des Flächennutzungsplans Stadt Stendal "Solarpark Wahrburg- Südlich Tornauer Str." hier: Aufstellungsbeschluss**

VII/0432 **Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** übernimmt die Sitzungsleitung wieder.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt das Verfahren für die 10. Änderung des Flächennutzungsplans Stadt Stendal „Solarpark Wahrburg - Südlich Tornauer Str.“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten (Aufstellungsbeschluss).

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Verfahren zur Aufstellung durchzuführen.

zurückgezogen

zu TOP 39 **Zweckvereinbarung Zensus**



**Herr Stadtrat Instenberg** nimmt wieder an der Sitzung teil.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, mit der Hansestadt Stendal die in der Anlage 1 beige-fügte Zweckvereinbarung mit der Hansestadt Osterburg zur Einrichtung einer gemeinsamen Erhebungsstelle.

Ja 37 Enthaltung 1 einstimmig beschlossen

**zu TOP 40 Anfragen/Anregungen**

**Herr Stadtrat Schlafke** bezieht sich auf einen Beschluss des Stadtrates vom 07.12.2020. Daraus ergibt sich ein Prüfauftrag der Verwaltung zu kostenlosen Laubentsorgungsmöglichkeiten auf gemeindeeigenen Flächen. Er hat am 28.04.2021 in der Verwaltung nachgefragt, ob der Termin der Erstellung bis 01.06.2021 eingehalten wird. Mit Schreiben vom 04.05.2021 teilte der Oberbürgermeister mit, dass der Termin nicht gehalten werden kann, sondern damit gerechnet werden kann, dass das Konzept bis zum 30.06.2021 erstellt wird. Durch die Verzögerung kann dies erst am 11.10.2021 im Stadtrat beschlossen werden und eine kostenlose Laubentsorgung noch in diesem Jahr wäre wahrscheinlich nicht mehr vorzubereiten. Er stellt die Frage, ob die Verwaltung trotzdem eine Möglichkeit zur Realisierung einer kostenlosen Laubentsorgung noch in 2021 sieht.

**Herr Stadtrat Goroncy** bedankt sich im Namen seiner Fraktion bei Herrn Stadtrat Stelle für seine monatelange Vorbereitung und seinen Einsatz rund um das Projekt „Tiergarten-Kiosk“. Herr Stadtrat Stelle bekommt in dem Zuge als Zeichen der Anerkennung ein Bild vom Richtfest übergeben.

**Herr Stadtrat Ludwig** teilt mit, dass am 14.05.2021 das Amtsblatt des Landesverwaltungsamtes Halle mit der Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Uchte inkl. Überschwemmungsgebietskarte Sachsen Anhalt und darin auch das Überschwemmungsgebiet Uchte -südliche Haferbreite erschien. Er stellt die Frage, welche Auswirkungen dies auf das entsprechende Umlegungsverfahren habe. Der Stadtratsvorsitzende erhält weitere Anfragen schriftlich zur Weiterleitung.

**Herr Stadtrat Dr. Wollmann** fragt an, ob der Verwaltung die Sanierungsbedürftigkeit vom Feuerwehrgerätehaus in Staffelde/Arnim bekannt sei.

**Herr Oberbürgermeister Schmotz** antwortet Herrn Stadtrat Dr. Wollmann daraufhin, dass dieses Thema seit längerer Zeit auch über dem Haushalt schwebt. Es gab die Gespräche mit dem Ortschaftsrat und der Ortswehrleitung. Diese Angelegenheit wurde seitens der Verwaltung auch mit der Stadtwehrleitung besprochen. Im Vordergrund steht die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr. In Abstimmung mit der Stadtwehrleitung gibt es eine Prioritätenliste und das Feuerwehrgerätehaus Staffelde kann in nächster Zukunft nicht modernisiert werden. Der Gebäudezustand ist der Verwaltung bekannt, aber es steht und fällt mit einer einsatzbereiten Mannschaft vor Ort.

**Frau Stadträtin Radtke** bekundet, dass die Bürger so schnell wie möglich schnelles Internet benötigen und stellt folgende Anfragen:

1. Wie läuft das Vorantreiben des High-Speed-Internets in Stendal und den Ortschaften?
2. Hat die Hansestadt Stendal auch mit Vodafone einen Vertrag gemacht?



3. Wo gibt es „weiße Flecken“?
4. Wann wird mit dem Bau begonnen?
5. Welche alternativen Lösungen kann die Hansestadt Stendal hier anbieten?

Des Weiteren möchte **Frau Stadträtin Radtke** wissen, wann die Ortswehrleiter Tablets zur Verfügung gestellt bekommen. Dies sei bereits 2019 vorgesehen gewesen.

**Herr Stadtrat Bausemer** empfindet das Verhalten des Herrn Stadtrates Goroncy während der Debatte zum TOP 27 als Respektlosigkeit gegenüber dem gesamten Gremium und der Öffentlichkeit. Er befürwortet die Anerkennung gegenüber Herrn Stadtrat Stelle für seine Anstrengungen zum Thema „Tiergarten-Kiosk“.

Er hat nicht den Eindruck, dass es der Feuerwehr in Staffelde an einsatzbereiten Kräften mangelt. Er bittet um Prüfung, ob das Bauvorhaben mit entsprechenden Fördermitteln vielleicht doch zeitnah realisiert werden könne.

Des Weiteren bittet er um Prüfung, ob in der Breiten Str. zusätzliche Mülleimer, zumindest an jeder Sitzgelegenheit, aufgestellt werden könnten.

**Frau Stadträtin Lenkeit** empfindet, dass die Parksituation in der Straße der Demokratie rechtsseitig vom Krankenhaus kommend angespannt ist. Es würden Dauerparker mit auswärtigem Kennzeichen die Stellplätze blockieren. Frau Stadträtin Lenkeit nimmt an, dass die Fahrzeughalter der angrenzenden Fachhochschule angehören. Besucher des Krankenhauses und Impfzentrums hätten Schwierigkeiten einen Parkplatz zu bekommen. Fraglich ist, ob man die Parksituation durch Setzen einer zeitlichen Begrenzung auf beispielsweise zwei Stunden entschärfen könne.

**Herr Stadtrat Schwarzer** hatte gestern ein Gespräch mit dem Betreiber der Kulturkantine im Theater der Altmark. Im vergangenen Jahr im Juli/August sei die Küche aufgrund der Sanierung nicht zu benutzen gewesen. Dies war mit der Stadt auch abgesprochen. Im Anschluss sind jedoch ohne Absprache Rohrlegearbeiten durchgeführt worden, die so staubintensiv gewesen seien, dass das Küchenmobiliar bis heute nicht benutzbar ist. Nach Rücksprache des Betreibers mit dem Bauamt ist noch immer unklar, wer dafür die Verantwortung trägt. Darüber hinaus sind möglicherweise auch Geräte beschädigt, die aus Stadtgeldern angeschafft wurden. Es wird um Prüfung dieses Sachverhaltes gebeten. Die Überlegung seitens des Betreibers die Hansestadt wegen Nutzungsausfall zu verklagen steht im Raum.

**Herr Stadtrat Lippmann** fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, dass es im Neubau Grundschule Haferbreite in der Nacht von 17. zum 18.05.2021 zu einem erheblichen Wassereintrich womöglich durch nicht ordnungsgemäße Abdichtung des Daches kam. Das Wasser sei bis ins Erdgeschoss gedrungen. Er fragt, ob dieser Vorfall Auswirkungen auf den Bauablauf habe oder Verzögerungen anzunehmen sind.

**Herr Westrum** antwortet auf die Anfrage von Herrn Stadtrat Lippmann. Ursache für den Wassereintrich war ein Starkregenereignis. Das eingedrungene Wasser ist innerhalb von zwei bis drei Tagen entfernt worden. Der Neubau ist wieder trocken und die Arbeiten laufen planmäßig weiter. Das Ereignis hat nicht zu einer weiteren baulichen Verzögerung geführt.



**Herr Stadtrat Stelle** bedankt sich für die Anerkennung der Arbeit rund um den Tiergarten-Kiosk. Zum baulichen Stand teilt er mit, dass die Fassade nun einen Putz bekommt, die sich in Felssteinoptik an die Gestaltung des Tiergartens anlehnt. Auch die Bühne bekommt in dem Zuge eine farbliche Auffrischung, die sich in das Gesamtbild einfügt. Dadurch entsteht ein Innenhofcharakter, der sicherlich den Tiergarten an sich aufwerten wird.

**Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** beendet den Öffentlichen Teil der Sitzung um 20:47. Die Sitzung wird pausiert.

Peter Sobotta  
Vorsitzende/r

Robert Gravert  
Protokoll

Stefan Ladders  
Protokoll

